

Es gilt das gesprochene Wort!

Benefizvortrag bei der Lebenshilfe Traunstein

27. Oktober 2011 in Traunstein

Rede von

Barbara Stamm, MdL

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Thema: *„Die Zukunft des Sozialstaates im Zuge der demographischen Entwicklung“*

Anrede,

wenn wir angesichts der Rahmenbedingungen der Zeit, in der wir leben, über die Zukunft des Sozialstaats sprechen, müssen wir auch über seine Entstehung, Entwicklung und Verankerung in unserem demokratischen System reden.

Das Wichtigste zuerst: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ – so heißt es im Grundgesetz. Das bedeutet, **dass der Sozialstaat in unserer Verfassung als Staatsziel festgelegt ist.**

Und noch ein Zweites: Der Sozialstaat ist **eine deutsche Errungenschaft**, unser Beitrag zur Entwicklung einer modernen Staats- und Gesellschaftsordnung. Weder Demokratie noch Parlamentarismus noch Rechtsstaat oder Föderalismus können dies von sich behaupten. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts **Udo di Fabio** hat diese Tatsache mit einem gewissen Pathos ausgedrückt: „Er (der Sozial-

staat) ist das Geschenk des deutschen Volkes an die Welt.“

Ursprung des Sozialstaates war die Sozialgesetzgebung Otto von Bismarcks insbesondere mit Blick auf die schwierigen sozialen Verhältnisse der Arbeiterklasse. Es ging bei den Anfängen des Sozialstaates um die Absicherung **von elementaren Lebensrisiken**. Mittlerweile – eineinhalb Jahrhunderte später – geht es um das Problem der Sicherung eines erworbenen Lebensstandards beim Eintreten von Lebensrisiken. Das ist ein großer Unterschied zur ursprünglichen Zielsetzung. Diese Entwicklung zeichnete sich allerdings bereits in den 50er Jahren ab. Mit wachsendem Wohlstand stiegen auch die Erwartungen an den Sozialstaat. Und wir können die Feststellung von Bundespräsident **Norbert Lammert** nicht leugnen, nämlich dass der Umfang des Sozialgesetzbuches mittlerweile den Umfang der Bibel übertroffen haben dürfte.

Heißt das nun, dass unser Sozialstaat seine Perfektion erreicht hat? Oder wie ist es heute um den Sozialstaat bestellt?

Ich könnte Ihnen an Zahlenbeispielen verdeutlichen, dass eigentlich von Abbau keine Rede sein kann. Denn wenn man den Anteil der Sozialausgaben am Sozial-

produkt betrachtet, dann ist eines besonders auffällig: Vor 50 oder 60 Jahren betrug er ein Sechstel, heute liegt der Anteil bei einem Drittel und das bei einem ungleich größeren Sozialprodukt als damals!

Wenn es also allein um die Ausgaben und deren Relation zum Sozialprodukt geht, sind wir auf den oberen Sprossen der Leiter.

Fakt ist allerdings auch, dass unser soziales Sicherungssystem, das auf den Pfeilern von individueller Verantwortung und gesamtgesellschaftlicher Organisation beruht, in eine **Schiefelage** geraten ist. In eine Schiefelage, deren Schwerpunkt eindeutig bei der gesamtgesellschaftlichen Organisation liegt.

[Zitat Lammert: *„Deutschland ist heute das Land mit den jüngsten Rentnern und ältesten Studenten, mit den kürzesten Arbeitszeiten und den längsten Urlaubszeiten weltweit, mit einem mittelmäßigen Bildungssystem und einem übermäßigen Verwaltungssystem, mit unverändert hohen Ansprüchen und ausgeprägt niedriger Veränderungsbereitschaft.“*]

Zu diesem **„Sozialstaat mit deutlichem Gefälle“** gesellt sich eine demographische Entwicklung, die große Auswirkungen auf viele Bereiche in unserer

Gesellschaft hat. Ich denke, die Zahlen und Prognosen sind allen bekannt: Die Deutschen werden älter und weniger. Das eine ist gut, das zweite ist schlecht – nichtsdestotrotz wird uns diese Tatsache die nächsten Jahrzehnte beschäftigen, selbst wenn es jetzt zu einer unerwarteten sprunghafte Erhöhung der Geburtenrate käme.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, in aller Deutlichkeit zu sagen: Das ist keine Katastrophe. Für Alarm und Panik gibt es überhaupt keinen Grund. Es geht auch nicht um Alt gegen Jung oder um einen „Methusalem-Komplott“ – wie der aufreißerische Titel eines Buches vor einigen Jahren lautete. Von diesen düsteren Gedanken und Prognosen müssen wir uns lösen. Wie jede Veränderung eröffnet auch die demographische Entwicklung Chancen. Ohne dies weiter vertiefen zu wollen, denke ich an den Bereich der Bildung oder des Städtebaus.

Diese Chancen eröffnen sich allerdings nur dann, wenn man den Wandel gestaltet.

**Gestalten heißt dabei auch neue Wege zu gehen.
Fest steht, dass auf der einen Seite die Basis der
umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme**

durch immer weniger Erwerbstätige und den steigenden Rentneranteil wegbricht und auf der anderen Seite der Finanzbedarf der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung stetig zunimmt. Wir müssen bereit sein zum Verzicht, wenn wir den Generationen nach uns nicht einen sozialpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen wollen.

Die Frage nach dem Sozialstaat und nach der sozialen Gerechtigkeit stellt sich also vor diesem Hintergrund völlig neu. Und genauso explizit ist das **System unserer Sozialversicherungen** zu beleuchten. Ist unser Sozialversicherungssystem nur für gute wirtschaftliche Zeiten geeignet? Hält es keiner Krise stand? War die Einführung des umlagefinanzierten sozialen Sicherungssystems etwa ein gravierender Fehler in unserer Geschichte, der zur Schaffung eines langfristig nicht überlebensfähigen Systems geführt hat?

Vorab kommt aus meiner Sicht eine **Alternative zum umlagefinanzierten sozialen Sicherungssystem** nicht in Frage.

Bei der Reform der Rentenversicherung Ende der 50er Jahre lehnte man ganz bewusst das Fürsorgeprinzip ab und entschied sich stattdessen für das Sozialversiche-

rungsprinzip. Das garantierte zwar kein Existenzminimum. Aber es wurde ein Fürsorgesystem installiert, das gemäß dem Subsidiaritätsprinzip Leistungen erbringt, wenn die Leistungen der Selbsthilfe nicht ausreichen. Erst Fehler und Versäumnisse in den Folgejahren, vor allem in den 70er Jahren, sind der Grundstein – zusammen mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen – für die derzeitige Situation. Man hat zum Beispiel die Aufstockung des Kapitalstocks der gesetzlichen Rentenversicherung versäumt. Die Einführung einer „Rente nach Mindesteinkommen“ und der flexiblen Altersgrenze haben den Charakter der Rentenversicherung als Versicherung verformt. Das Sozialversicherungsprinzip wurde mit der Zeit mehr und mehr durch Elemente des Fürsorgeprinzips ersetzt. Die weitere Entwicklung ist uns allen bekannt. Insofern müssen wir das **in der Rentenversicherung angelegte Sozialversicherungsprinzip wieder stärken**. Dazu gehört für mich z.B. die stärkere Berücksichtigung derjenigen Versicherten, die zur Fundierung des Systems durch Erziehung, Ausbildung und Finanzierung einer nachfolgenden Generation von Beitragszahlern beigetragen haben.

Das ist allerdings nur eine Facette in unserem Problem-bündel.

Die Lösungsstrategie für unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme umfasst zwei Ebenen: die des öffentlichen Bewusstseins und der konkreten politischen Entscheidungen.

Im öffentlichen Bewusstsein müssen drei Prinzipien wieder mehr Geltung erhalten, nämlich **Freiheit, Subsidiarität und Gemeinwohl**.

In den letzten Jahrzehnten wurde in der Sozialpolitik der Gleichheit höchste Priorität eingeräumt, während die Bedeutung der **Freiheit** zunehmend nivelliert wurde. Meist wurden vor allem die Missbrauchsmöglichkeiten, aber zu wenig die Chancen freien Unternehmertums gesehen. Wohin Gleichheit ohne Freiheit führt, haben wir an den kommunistischen Systemen des Ostblocks studieren können. Ich möchte damit keinesfalls einem ungezügelten Wirtschaftsliberalismus das Wort reden, aber Gleichheit und Freiheit müssen wieder in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander gebracht werden.

Der Freiheitsaspekt war in der Vergangenheit deshalb nicht so populär, weil damit auch ein höheres Maß an Eigenverantwortung verbunden ist.

Damit bin ich beim zweiten Stichwort, nämlich bei der **Subsidiarität**, also bei dem Grundsatz, dass jeder das,

was er zumutbar selbst leisten kann, auch selbst leisten soll, und die Solidargemeinschaft nur dann einspringt, wenn die notwendige Hilfe über die Kraft des Betroffenen hinausgeht. Eine konsequente Anwendung dieses Prinzips würde nicht nur den Sozialstaat entlasten, sondern auch den Menschen als eigenständiges, nicht ständig vom Staat zu bevormundendes Wesen ernst nehmen.

Als drittes Stichwort habe ich das **Gemeinwohl** genannt. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes werden nicht umhin kommen, den Staat wieder stärker als eine Sache zu begreifen, für die sie sich selbst einzusetzen haben. Die Zeiten sind vorbei, in denen auf das regelmäßige Eintreffen staatlicher Wohltaten zum Nutzen des Gemeinwohls durch „Vater Staat“ vertraut werden konnte. Der Staat muss vielmehr wieder als eine echte „res publica“, also eine „öffentliche Sache“ aller wahrgenommen und unterstützt werden. Doch hat diese Unterstützung nicht nur in finanzieller Hinsicht ihre Berechtigung. Ich habe ja vorhin schon einmal darauf hingewiesen, dass es gerade der komfortable Ausbau des Sozialstaates war, der bei vielen Bürgerinnen und Bürgern die Orientierung am Gemeinwohl verkümmern ließ.

Dieser Bewusstseinswandel muss in Deutschland stattfinden, wenn die notwendigen Reformen greifen sollen.

Vom Generationenvertrag zum Generationenbündnis

Aufgrund der demographischen Entwicklung kann der Generationenvertrag – das Fundament der Rentenversicherung – in seiner bisherigen Form kaum noch aufrecht erhalten werden. Erste Änderungen sind ja auch bereits in der Umsetzung, wie zum Beispiel das höhere Renteneintrittsalter.

Der Generationenvertrag der Zukunft darf sich nicht allein auf die Altersversorgung beziehen. Er muss viel weiter gefasst werden. Das Miteinander der Generationen muss oberste Priorität haben. Dazu gehören mehrere Punkte:

- **Keine Generation darf der nachfolgenden mehr zumuten als sich selbst.** Wir müssen ganz klar erkennen: Aufgrund des Rückgangs und der starken Alterung der Bevölkerung und der damit verbundenen Fehlentwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten wird die Handlungsfreiheit der nachwachsenden Generationen immer mehr eingeschränkt: sie werden überfordert durch die hinter-

lassenen Verpflichtungen der vorangehenden Generationen, die sich mehr geleistet haben, als sie leisten konnten oder wollten. Das bedeutet:

- Die innovative Kraft der Jugend muss mit der Erfahrung des Alters verbunden werden – das gilt ganz konkret für die Arbeitswelt. Das heißt aber auch, dass die älteren Menschen auf dem Arbeitsmarkt eine Chance erhalten.
- Beide Seiten müssen bereit sein, nicht nur zu nehmen, sondern auch zu geben.
- Rente muss als Lohn für Lebensarbeitsleistung gelten und nicht als Almosen.
- Die ältere Generation darf auch nicht aus der Pflicht entlassen werden, für die Zukunft der Jugend zu sorgen.
- Familien müssen noch mehr als bisher gestärkt werden. Denn die Familien sind die Grundlage für die Solidarität der Generationen. Fit für die Zukunft ist unser Staat erst, wenn sich Familien und Kinder bestmöglich darin entfalten können.
- Überall dort, wo dieses Miteinander von Jung und Alt sinnvoll ist, sollte es gefördert werden. Ich denke an bestimmte Wohnformen, an Mehrgenerationenhäuser, an Projekte auf kommunaler

Ebene, in Schulen, in Museen und natürlich in der Arbeitswelt.

Das Generationenbündnis als Zusammenhalt und gelebter Gemeinsinn ist der Grundbaustein für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Meine Damen und Herren,
bei vielen Gesprächen mit Vertretern der jüngeren und der älteren Generation ist vor allem eines deutlich geworden: Allen gemeinsam ist das Anliegen, bei allen unterschiedlichen Rahmenbedingungen **die Leistung der jeweiligen Generation wertzuschätzen.**

Und in diesen Zusammenhang stelle ich auch die Leistungen derjenigen, die sich in besonderer Weise um das Allgemeinwohl und um kranke oder behinderte Menschen verdient machen: Ehrenamtliche und diejenigen, die in den Sozialberufen, insbesondere in der Pflege, tätig sind. Ihnen gebührt ein hohes Maß an gesellschaftlicher Anerkennung und – gerade, was die Pflegeberufe betrifft – eine bessere Bezahlung.

Die Wertschätzung von Menschen und ihren Leistungen ist ein unverzichtbares Fundament, wenn es um den natürlichen Zusammenhalt zwischen den

Menschen und die Solidarität zwischen den Generationen geht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.